



Keine Entlassungen in der Krise

Der Tarifabschluß in der M+E-Industrie und die politischen Herausforderungen des Jahres 2010

Rede zur Delegiertenversammlung

IG Metall VS Kaiserslautern

1. März 2010, 17 Uhr

Tagungszentrum des 1. FC Kaiserslautern

Stadion Betzenberg

Es gilt das gesprochene Wort

1. Begrüßung und Einleitung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur Delegiertenversammlung Eurer Verwaltungsstelle Kaiserslautern.

Ihr habt mit der Terminierung ein gutes Händchen bewiesen. Ich komme gerade von den Verhandlungen zur Übernahme des Tarifabschlusses für die rund 400.000 Beschäftigten der Metall-und Elektroindustrie in der Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland).

Wir haben über die Übertragung verhandelt unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Bis zur Vorstandssitzung am 8. März werden die Gespräche wahrscheinlich in allen Tarifbezirken abgeschlossen sein.

Dann geht es an die Umsetzung.

Bevor ich auf Details der Tarifergebnisse zu sprechen komme, möchte ich die Ausgangslage in Erinnerung rufen. Sie ist sowohl für die Bewertung des Ergebnisses als auch seines Zustandekommens wichtig.

Die Bundesrepublik steckt noch mitten in der größten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Gerade hier in der Verwaltungsstelle spürt vielerorts die Auswirkungen der Krise.

Positivmeldungen über steigende Auftragseingänge, zunehmende Investitionen und Produktion, über ein wieder wachsendes Bruttoinlandsprodukt, über zunehmenden Optimismus der Unternehmer - das alles macht zwar Hoffnung. Aber im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 steht vor den Daten immer noch ein dickes Minus.

Der Einbruch beim Bruttoinlandsprodukt war mit einem Minus von fünf Prozent so gewaltig, dass es voraussichtlich bis 2013 dauern wird, ehe er wettgemacht ist.

In der Metall- und Elektroindustrie ist der Keller, in den Aufträge und Produktion abgestürzt sind, noch um einiges tiefer. Umso mühsamer wird der Aufstieg in dieser wirtschaftlich größten und wichtigsten Branche unseres Landes.

Was die Beschäftigung in der Metall- und Elektroindustrie angeht, konnte ein ähnlich gewaltiger Absturz bisher verhindert werden. Zwar hat auch sie abgenommen, aber lange nicht in dem Maße, in dem die Produktion gesunken ist.

Das ist der bisherigen Jobsicherung durch Nutzen der Arbeitszeitkonten und vor allem der Kurzarbeit zu verdanken. Das ist auch der Abwrackprämie zu verdanken.

Wir sollten nicht vergessen: Es war unsere IG Metall, die die Politik dazu gebracht hat, das Instrument der erleichterten Kurzarbeit und die Abwrackprämie in ihr Konjunkturpaket II zu packen.

Es waren die aktiven Betriebsräte, die sich für die Nutzung der Kurzarbeit eingesetzt haben. Mit diesem Pfund sollten wir noch vielmehr wuchern - in der Öffentlichkeit, in der Mitgliederwerbung und selbstverständlich auch bei den Betriebsratswahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Denn hier sei auch einmal deutlich gesagt, seit Monaten zeigt sich: Die Betriebsräte sind die wahren Helden der Krise.

In Eurer Verwaltungsstelle sind 31 Betriebsratsgremien gewählt. Viele von ihnen leisten hervorragende Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Denn gerade hier in Kaiserslautern ist der Anteil der Zulieferunternehmen für Opel hoch. Und die trifft die Krise in vollem Maß.

Die Beschäftigten bei GKN, Keiper, alle seit Monaten in Kurzarbeit wissen, wovon ich rede.

Wir sollten den Menschen in den Betrieben und noch mehr denen draußen deutlich machen, welche unglaubliche Solidarleistung darin steckt, wenn Millionen Metallerinnen und Metaller mit monatelanger, ja bald jahrelanger Kurzarbeit verhindern, dass hunderttausende entlassen werden!

Welch ein erbärmliches Bild geben die Nutznießer des deregulierten Finanzmarktkapitalismus gegen diese Demonstration der Solidarität ab! Die Banker und Finanzjongleure, die Hauptverursacher der Krise, zocken schon wieder.

Sie haben ihr Casino längst wieder eröffnet. Über der Tür steht: „Wenn jeder an sich selbst denkt ist auch an alle gedacht!“

Während ihr in den Betrieben den Scherbenhaufen zusammenkehrt, den ihr letzter Exzess hinterlassen hat.

Während hunderttausende, die nicht das Glück hatten, in stark organisierten Metallbetrieben mit starken Betriebsräten zu arbeiten, sondern bei Karstadt oder in Leiharbeitsunternehmen die Zeche dieser Party zahlen, zu der sie niemals eingeladen waren.

Wenigstens bei Pfaff geht es langsam aufwärts und es gibt seit September wieder Neueinstellungen. Ein Tropfen Hoffnung in einem Meer von Sorgen, so könnte man sagen.

2. Tarifpolitik unter schwierigen Bedingungen

Unser wichtigstes Ziel in 2010 heißt deshalb weiterhin, so wie in 2009: Keine Entlassungen in der Krise.

Schon in 2009 wurde mehr und mehr absehbar, dass wir dieses Ziel auf keinen Fall auch nur annähernd erreichen, wenn wir keine weiteren Instrumente der Beschäftigungssicherung zur Verfügung haben.

Die ersten Betriebe werden in der zweiten Jahreshälfte 2010 an die Grenze der Kurzarbeit gelangen.

Wegen der langen Kündigungsfristen könnten die ersten Personalabteilungen schon bald mangels Alternative zu Entlassungen greifen, um das Niveau der Beschäftigung dem anhaltend niedrigen Niveau der Produktion anzupassen.

In dieser Lage ist die Übernahme der ausgebildeten jungen Menschen stark gefährdet. Deshalb mussten auch hier zusätzliche Sicherungen eingebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese wirklich außergewöhnlich schwierige Ausgangssituation hat uns zu außergewöhnlichen Maßnahmen veranlasst. In Sondierungsgesprächen haben wir geprüft, ob die Arbeitgeber bereit sind, über weitergehende tarifliche Auffanglösungen ernsthaft zu verhandeln.

Das Ergebnis dieser Sondierung war in NRW und Baden-Württemberg ermutigend und hat uns dort zu vorgezogenen Tarifverhandlungen veranlasst.

Ich betone, das waren nicht die Herrschaften von Pfalzmetall.

Die Arbeitgeber der Mittelgruppe haben sich dabei verhalten wie Schulbuben, die ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Vorneweg der Verhandlungsführer, Herr Kulenkamp, den viele hier im Raum sicherlich kennen, er bildet da keine Ausnahme.

In diesem Jahr sind wir einen außergewöhnlichen Weg gegangen. Ich betone, dass hinter diesem Vorgehen kein grundlegender Strategiewandel der IG Metall steht, wie manche jetzt meinen.

Wir machen Tarifpolitik unter Extrem-Krisenbedingungen. Wir machen solidarische Tarifpolitik.

Mit unserem Tarifabschluss bestehen nun neue, erweiterte Möglichkeiten, Beschäftigung in den Betrieben zu sichern. Arbeitgeber, die trotzdem entlassen oder Azubis nicht übernehmen wollen, handeln verantwortungslos und müssen sich auf die Gegenwehr der Metallerinnen und Metaller einstellen.

Wir haben zusätzlich eine Entgelterhöhung erreicht, die angesichts der Krise beachtenswert ist.

Das schafft die IG Metall nur deshalb, weil in den Metallbetrieben viele Mitglieder sind. Es ist auch vor den Betriebsratswahlen ein klares Signal, was mit einer starken Gewerkschaft erreicht werden kann.

Trotz Krise: Das ist ein starkes Tarifergebnis einer starken Gewerkschaft. Wir werden diese Stärke brauchen.

Vorrang vor allen anderen Maßnahmen wird weiterhin die gesetzliche oder auch konjunkturelle Kurzarbeit haben. Sie ist für die Kolleginnen und Kollegen materiell die beste Lösung. Daran anschließend können ergänzend zum weiterhin geltenden TV Besch die neuen Instrumente der Beschäftigungssicherung greifen:

Kurzarbeit mit reduzierten Remanenzkosten (betriebliche Kurzarbeit)

Absenkung der Arbeitszeit mit Teilentgeltausgleich (tarifliche Kurzarbeit)

Übernahme Azubis

Unser Tarifabschluss bietet auch mehr und bessere Möglichkeiten, jungen Menschen nach der Ausbildung eine berufliche Perspektive und - in Kombination damit - auch eine Perspektive der Weiterbildung zu eröffnen.

Unser hier entwickeltes „Kaskadenmodell“ für die Übernahme war der Pate der Regelung, die in NRW gefunden und heute wieder in die Mittelgruppe „reimportiert“ wurde.

Als erstes bleibt die mindestens zwölfmonatige Übernahme nach der Ausbildung bestehen. Zweitens werden die Voraussetzungen für Ausnahmen von diesem Grundsatz verschärft.

Nichtübernahme ist bisher auch dann möglich, wenn die Übernahme aufgrund akuter Beschäftigungsprobleme nicht geht. Für diese Fälle ist jetzt eine so genannte Prüfkaskade verpflichtend. Das Unternehmen muss in dieser Reihenfolge prüfen:

1. Ist eine Übernahme in Teilzeit möglich?

2. Ist eine Übernahme in einem anderen Betrieb des Arbeitgebers oder in der Region bei einem anderen Arbeitgeber möglich?

3. Ist eine Übernahme in Kurzarbeit oder mit abgesenkter Arbeitszeit möglich?

Wir wollen die Übernahmechancen deutlich verbessern. Hier sind zuerst die Arbeitgeber gefordert. Aber der eine oder andere braucht Nachdruck. Unsere Betriebsräte und JAV'en werden dafür sorgen, davon bin ich überzeugt.

Im Bezirk Frankfurt hat in dieser Tarifrunde erstmals eine Jugendtarifkommission getagt, die sich speziell mit den jugendspezifischen Anforderungen befasst hat. Leider hat aus eurer Verwaltungsstelle daran niemand teilgenommen.

Gerade hier in Rheinland-Pfalz will die IG Metall zusammen mit der Landesregierung neue Wege gehen. Das haben wir den Arbeitgebern, das haben wir Kurt Beck und seinen Ministern vorgeschlagen.

Anforderungen an die Politik

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

IG Metall und die Arbeitgeber haben mit diesen Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung und zu einer verbesserten Übernahme Ausgebildeter eine dicke Vorleistung dafür erbracht, dass die größte Wirtschaftskrise der bundesdeutschen Geschichte nicht auch noch zur größten Beschäftigungskrise wird.

Jetzt sind die betrieblichen Akteure gefordert, diese Vorlage in zählbare Erfolge beim Erhalt der Arbeitsplätze umzumünzen.

Aber dafür muss noch ein weiterer Akteur mitspielen: die schwarz-gelbe Regierungskoalition.

- Sie muss die erleichterte Kurzarbeit, insbesondere die Erstattung der Sozialbeiträge, mit der Dauer der Kurzarbeit synchronisieren.
- Sie muss den Teilentgeltausgleich sozialabgabenfrei stellen.

Die M+E-Industrie ist der größte, aber auch der am stärksten von der Krise betroffene Wirtschaftsbereich.

Beschäftigungsprobleme und drohender Verlust industrieller Substanz können deshalb der Politik nicht gleichgültig sein.

Sie kann sich nicht mit dem Argument herauswinden, die Tarifparteien hätten hier einen Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich zu Lasten der Steuer- und Sozialbeitragszahler gemacht. Das ist ein Vorwurf, den wir nicht nur aus den Reihen der Regierungsparteien und dort insbesondere aus der FDP, sondern auch von Medien zu hören bekommen.

Diesen Vorwurf weisen wir in aller Schärfe zurück.

Die Alternative zur Beschäftigungssicherung ist eine deutliche und für die öffentlichen Hände kostspieligere Erhöhung der Arbeitslosenzahlen.

Allein die unmittelbaren Unterstützungsleistungen für einen Arbeitslosen, die die Bundesagentur für Arbeit zu tragen hätte, würden um rund ein Drittel höher ausfallen als die Förderung unserer neuen Modelle zur Beschäftigungssicherung.

Hinzu kämen weitere Einnahmeverluste der öffentlichen Hände durch ausbleibende Sozialabgaben, ausbleibende Steuereinnahmen und durch gesamtwirtschaftliche Nachfrageausfälle.

Deshalb kann von öffentlichen Subventionen oder von Regelungen zu Lasten Dritter keine Rede sein.

Dass der Vorwurf ausgerechnet von FDP-Politikern erhoben wird, ist mehr als verwunderlich. Diese Partei bedient ihre Klientel der Hoteliers und anderer Besserverdiener mit Steuererleichterungen und zu Lasten der Allgemeinheit.

Ihr Vorsitzender versucht, sich und seine Partei auf Kosten von Hartz IV-Empfängern für die Wahl in NRW zu profilieren.

Ausschließlich um aus dem Umfragetief herauszukommen, attackiert der Bundesaußenminister Westerwelle den Sozialstaat. Das ist billig. Das ist polemisch. Das ist unverschämt.

Hartz-IV-Empfänger pauschal zu Faulenzern zu stempeln, das ist Rechtspopulismus. Damit will Westerwelle wie vor ihm schon Roland Koch dumpfe Vorurteile gegen Arbeitslose mobilisieren und die Stammtische bedienen.

Wenn dagegen Besserverdienende Milliarden an der Steuer vorbei auf Konten in der Schweiz schleusen, schweigt Don Krawallo.

Dabei sind sie die wahren Sozialbetrüger und Sozialschmarotzer: Sie hinterziehen Steuern, die wir dringend für bessere Bildung brauchen, gleichzeitig fordern sie bessere Schulen für ihre Kinder.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wer so unsozial handelt und wer so asozial redet wie Guido Westerwelle, von dem lassen wir uns nicht sagen, was sozial ist. Wir bestehen darauf, dass die Politik ihren Teil zur Sicherung der Beschäftigung beiträgt.

Das, wofür die schwarz gelben Knallfrösche sich international bewundern lassen, ist das Ergebnis eurer Arbeit!

Gestern noch wollten sie die Tarifverträge auf den Müll werfen, der Sozialversicherung, die die viel gerühmte Kurzarbeit finanziert, den Saft abdrehen, die Betriebsverfassung auf dem Scheiterhaufen verbrennen.

Die wirtschaftspolitische Kompetenz von schwarz – gelb ist gnadenlos überschätzt. Mehr als einen Bräuderle haben sie nicht zu bieten und der hat offenbar nichts zu bieten.

Milliardenschwere Schutzschirme sind an Banken gegangen. Da sollte die Jobsicherung für geschätzte bis zu 700.000 Menschen, die derzeit durch Kurzarbeit vor Entlassungen geschützt werden, doch wenigstens einige Millionen wert sein.

Immerhin gibt es positive Signale von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, die Erstattung der Sozialbeiträge der längst möglichen Dauer der Kurzarbeit anzupassen.

Tarifpolitische Herausforderungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nach diesem Abschluss ist die erste Herausforderung die Umsetzung des Abschlusses. Sie wird viel Kraft und auch Zeit in Anspruch nehmen.

Die zweite Herausforderung resultiert aus dem Zustandekommen des Tarifergebnisses in vorgezogenen Tarifverhandlungen und ohne Mobilisierung sowie aus der Laufzeit. Sie ist überraschend lang ausgefallen. Die nächste Tarifrunde wird erst 2012 sein.

Diese Umstände werfen die Fragen auf: Laufen wir Gefahr, unsere Mitglieder von Aktion und Bewegung zu entwöhnen? Gewöhnen sie sich an eine Stellvertreterpolitik?

Beides wäre eine verhängnisvolle Entwicklung, zu der es nicht kommen darf. Denn wir werden auch wieder kämpfen müssen, davon bin ich überzeugt. Der Konsens mit den Arbeitgebern, was die Krisenbewältigung betrifft, wird die Krise nicht überdauern. Wir müssen unsere Kampf- und Durchsetzungsfähigkeit behalten.

Dies allein über betriebliche Auseinandersetzungen etwa bei der Umsetzung des jetzigen Tarifabschlusses abzusichern, das erscheint mir zu wenig. Wir brauchen ein Projekt, das alle einbindet und fordert. Ähnlich wie in den 80-er Jahren die 35-Stunden-Woche oder wie die Auseinandersetzung um die Rente mit 67.

Etwas Vergleichbares wie die Rente mit 67 wird uns die Politik - da bin ich sicher - nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen liefern.

Dann ist Widerstand angesagt, der das Potenzial hat, zu einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung zu führen. Hier können wir mit unseren Projekten Gute Arbeit und Gemeinsam für ein gutes Leben zum Kristallisationspunkt einer breiten gesellschaftlichen Gegenbewegung werden. Wir sollten es versuchen. Denn wir sind nicht nur eine tarifpolitische, wir sind auch eine politische Organisation.

Eine dritte Herausforderung ist es, die Erfahrungen der Menschen in dieser Krise dazu zu nutzen, eine Bewegung dafür herzustellen, dass die Ursachen der Krise abgestellt und die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden. Hier sollten wir das Bündnis mit anderen Organisationen wie attac, mit Kirchen und kritischen Wissenschaftlern suchen.

Im Bereich der Tarifpolitik lohnt sich meines Erachtens der Versuch, die Erfahrungen aus der Krise dazu zu nutzen, eine neue Debatte über Arbeitszeitverkürzungen anzustoßen.

Kurzarbeit, der Einsatz der alten und neuen Instrumente tarifpolitischer Beschäftigungssicherung, das alles bestätigt die alte gewerkschaftliche These: Kürzere Arbeitszeit sichert und schafft Arbeitsplätze.

Faire Arbeitszeitverteilung haben wir als Brücke bis zum Ende Krise eingesetzt. Unser bis Mitte 2012 laufender Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung ist ein reines Kriseninstrument.

Aber was kommt danach? Kann es so weitergehen wie vorher oder wie bisher? Ich meine: Nein!

Nach der Krise wird nicht wie vor der Krise sein. Das Ende der Krise wird der schleichende Beginn des industriellen Umbaus der Metall- und Elektroindustrie sein.

Wir werden aus dieser Krise nicht ohne strukturelle Umbrüche herauskommen. Wir werden Rationalisierungsschübe und auch Veränderungen der Produktionsweisen und Produkte erleben, die insgesamt das Arbeitsvolumen um bis zu 20% schmälern.

Industrielle Strukturumbrüche, wie wir sie zum Beispiel im Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie erlebt haben, wären das Ende unseres Wohlstandes.

Wir brauchen ein Bekenntnis zu industrieller Wertschöpfung, eine zukunftsgerichtete Industriepolitik, die neues fördert und zugleich industrielle Kerne sichert, eine ebenso auf Nachhaltigkeit wie auf Technologieführung ausgerichtete Wirtschaftspolitik!

Das bedeutet auch einiges für uns:

Wir müssen unseren eigenen Entwurf haben. Und wir müssen danach handeln!

In der Tarifpolitik lauten die drei großen Herausforderungen:

1. ein verringertes Arbeitsvolumen möglichst gerecht zu verteilen.
2. Der schon heute absehbare Fachkräftemangel und der Verschleiß von Menschen und ihrer Gesundheit ist überall zu beobachten. Wir brauchen ein Wettbewerbsmodell, das auf guter Arbeit, attraktiven Arbeitsplätzen und zukunftsfähigen Produkten beruht. Wir müssen verhindern, dass nach der Krise weniger Menschen zu schlechteren Bedingungen und mit längeren Arbeitszeiten in den Betrieben arbeiten. Dafür müssen wir schon jetzt Pflöcke einschlagen.
3. Gerade der aktuelle Tarifabschluss zeigt: Wir brauchen ein klareres Bild von gerechter Verteilung und der Rolle der Tarifpolitik dafür. Wir müssen unseren Politikansatz erweitern. Verteilungsgerechtigkeit ist das zentrale Anliegen der Gewerkschaften, der absoluten Mehrheit der Menschen.

Unter Schwarz-Gelb wird das für viele leichter zu erkennen.

Das betrifft zum Beispiel auch die Rente mit 67, die von der Politik gegen den Willen von Millionen Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmern mit dem erklärten Ziel der Lebensarbeitszeitverlängerung durchgesetzt wurde. Ein Blick in die Wirklichkeit zeigt, dass die Rente mit 67 nach wie vor ein Sieben-Meilen-Schritt in die falsche Richtung war.

Im letzten Jahr haben wir in Baden-Württemberg und in Hessen ein Jubiläum gehabt: 25 Jahre Durchbruch zur 35-Stunden-Woche. Wir müssen dafür sorgen, dass die 35-Stunden-Woche wieder für mehr Beschäftigte in den Betrieben erlebbar wird. Und nicht durch Überstunden und Flexibilisierung aufgeessen wird.

In Würde leben und arbeiten und sich nicht kaputt schuften, das ist es, was wir wollen! Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Das ist die zentrale Herausforderung, der wir uns immer stellen müssen. Auch in der Tarifpolitik.